

1. Nachtrag

zum Vertrag zur Sicherung der Infrastruktur vom 28.05./10.06.2014

zwischen der

UKA Meißen Projektentwicklung GmbH & Co. KG
Dr.-Eberle-Platz 1, 01662 Meißen

(„UKA“)

und der

Gemeinde Steinreich, vertreten durch das Amt Unterspreewald, dieses vertreten durch den Amtsdirektor, Herrn Henri Urchs, sowie die allgemeine Stellvertreterin des Amtsdirektors, Frau Michaela Schudek,

Markt 1, 15938 Golßen

(„Gemeinde“)

Vorbemerkung

Zwischen der Gemeinde und der UKA besteht der Vertrag zur Sicherung der Infrastruktur vom 28.05./10.06.2014 über das Flurstück 62 der Flur 2, der Flurstücke 7, 10, 11, 98, 158, 172, 176, 194, 197 und 209 der Flur 3 der Gemarkung Hohendorf sowie der Flurstücke 104 und 113 der Flur 3 der Gemarkung Sellendorf (im Weiteren „Infrastrukturvertrag“). Die Vertragsparteien verzichten auf das Beifügen einer Vertragskopie und vereinbaren, was folgt:

§ 2 - Nutzungsberechtigung, Zusammenwirken der Vertragspartner

[8] Im Fall einer nach pflichtgemäßen Ermessen der Gemeinde erforderlichen Änderung nach § 2 [1.1] der in § 2 [1] benannten Kabelanlage stellt die Gemeinde der UKA geeignete alternative Grundflächen zur Verlegung der Kabel zur Verfügung und gestattet auch, nach Wahl der UKA, die Kabel durch Dükering bis zu einer Tiefe von 5 Metern umzuverlegen.

§ 3.1 - Löschwasserentnahmestelle

Die Parteien stellen klar, dass zur Brandbekämpfung im Windpark Schäcksdorf im Gebiet der Gemeinde Drahnsdorf eine Löschwasserentnahmestelle errichtet und betrieben wird.

§ 11 - Datenschutz

1. Der Nutzer verarbeitet im Rahmen seines gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungsbetriebes personenbezogene Daten gemäß den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Zum gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungsbetrieb des Nutzers zählen insbesondere

- a) der Abschluss, der Vollzug sowie die Änderung, Verlängerung und Beendigung von Vertragsverhältnissen, vorvertraglichen Maßnahmen und Aufträgen.
- b) die Vorbereitung, Durchführung, Änderung und Beendigung von Windenergieprojekten einschließlich ihrer Betriebsführung.
- c) der Erwerb, die Veräußerung sowie Übertragung von Windenergieprojekten einschließlich ihrer Vorbereitung, Durchführung und Beendigung.

2. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Teil durch externe Dienstleister (sog. Auftragnehmer), die die personenbezogenen Daten im Auftrag des Nutzers verarbeiten (Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO). Die Auftragnehmer sind ihrerseits befugt, weitere Unterbeauftragte mit der Verarbeitung personenbezogener Daten zu beauftragen. Der Umfang, die Art und der Zweck der Datenverarbeitung ergeben sich aus den Auftragsverarbeitungsverträgen. Ebenso kann es erforderlich sein, Daten an Dritte und in ein Drittland zu übermitteln. Näheres regelt die Datenschutzerklärung des Nutzers.

3. Die Einzelheiten zu der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Nutzer, insbesondere die Art, der Gegenstand, der Zweck und die Dauer der Verarbeitung, die betroffenen Daten- und Empfängerkategorien sowie die mit der Verarbeitung in Verbindung stehenden Rechte des Betroffenen ergeben sich aus der Datenschutzerklärung des Nutzers, die dem Vertragspartner anlässlich der Vertragsunterzeichnung mitgereicht wird, soweit diese nicht bereits im Vorfeld zur Verfügung gestellt wurde. Auf Anfrage des Vertragspartners wird ihm die Datenschutzerklärung jederzeit erneut zur Verfügung gestellt.

4. Soweit auf Grundlage der Datenschutzerklärung eine Einwilligungserklärung unterzeichnet wird, erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. a DSGVO. In diesem Fall erlaubt der Vertragspartner eine Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten über das zur Durchführung des Geschäfts- und Verwaltungsbetriebes des Nutzers erforderliche Maß hinaus. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Näheres regelt die Datenschutzerklärung des Nutzers. Ist die Einwilligung des Betroffenen nicht erforderlich, wird diese nicht unterzeichnet oder widerrufen, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b und f DSGVO und ist damit grundsätzlich auf solche Daten beschränkt, die für die Erfüllung der Vertragsverhältnisse und zur Wahrnehmung berechtigter Unternehmensinteressen des Nutzers erforderlich sind. Näheres ist der Datenschutzerklärung des Nutzers zu entnehmen.

§ 12 - Schlussbestimmungen

1. Im Übrigen bleibt der Infrastrukturvertrag unberührt.

2. Die hier zuerst unterzeichnende Partei bindet sich für die Dauer eines Monats an ihr Angebot auf Abschluss des Vertrages. Die Annahmefrist beginnt mit der Unterzeichnung durch den Anbietenden.

Ort

Datum

Henri Urchs (Amtdirektor)

Michaela Schudek (allg. Stellvertreterin des Amtdirektors)

Ort

Datum

UKA

Vertrag zur Sicherung der Infrastruktur

Zwischen der

Gemeinde Steinreich

Hauptstraße 41
15938 Golßen

vertreten durch das Amt Unterspreewald,
dieses vertreten durch den Amtsdirektor Herrn Jens-Hermann Kleine und
die zweite stellv. Amtsdirektorin Frau Michaela Schudek

nachfolgend „Gemeinde“ genannt

und der

UKA Meißen Projektentwicklung GmbH & Co. KG

Dr.-Eberle-Platz 1, 01662 Meißen

vertreten durch den Geschäftsführer Gernot Gauglitz

nachfolgend „UKA“ genannt

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Vertragsgrundlage und Vertragsgegenstand

Die UKA beabsichtigt, im Gebiet der Gemeinde Steinreich, Gemarkung Sellendorf und Hohendorf (nachfolgend Vertragsgebiet genannt) voraussichtlich fünf Windenergieanlagen zu errichten. Das Vertragsgebiet ist in der Vertragsanlage „Lageplan“ dargestellt. Mit diesem Vertrag sichern die Vertragspartner für die geplanten Windenergieanlagen die Erschließung, die Inanspruchnahme von Abstandsflächen sowie die für den Anschluss und die Errichtung erforderliche Infrastruktur, soweit Grundflächen der Gemeinde, öffentliche Straßen, Wege und Plätze in Anspruch genommen werden. Das betrifft insbesondere folgende im Eigentum der Gemeinde stehende Grundstücke:

Grundbuch des Amtsgerichts	Grundbuch von	Grundbuchblatt	Gemarkung	Flur Nr.	Flurstück Nr.
Lübben	Sellendorf	20048	Hohendorf	2	62
Lübben	Sellendorf	20048	Hohendorf	3	7, 10, 11, 98, 158, 172, 176, 194, 197, 209
Lübben	Sellendorf	206	Sellendorf	3	104, 113

Gemeinde

UKA

§ 2

Nutzungsberechtigung, Zusammenwirken der Vertragspartner

[1] Die Gemeinde wird an den zum Vertragsgebiet gehörenden Grundflächen die zum Betrieb der Windenergieanlagen erforderlichen Durchleitungsrechte gewähren. Dies betrifft das Errichten, Betreiben, Unterhalten, Warten, Instandsetzen und Erneuern von Kabeltrassen für Strom-, Kommunikations- und Steuerleitungen zum Zweck der Anbindung von Windenergieanlagen an das allgemeine Versorgungsnetz.

[1.1] UKA führt Änderungen oder Sicherungen der in Abs. 1 benannten Kabelanlage, welche die Gemeinde wegen einer Verlegung, Verbreiterung oder sonstigen Änderung der Straßen/der Wege oder wegen einer Unterhaltungsmaßnahme nach pflichtgemäßem Ermessen für erforderlich hält, nach schriftlicher Anforderung durch die Gemeinde, unverzüglich auf ihre Kosten durch, damit Straßenbaumaßnahmen nicht behindert werden. Dies gilt auch, wenn die Änderung oder Sicherung der Kabelanlage ausschließlich durch den Neubau einer anderen Straße/eines anderen Weges oder durch die Änderung oder Unterhaltung einer kreuzenden Straße veranlasst wird.

[1.2] UKA übergibt der Gemeinde spätestens sechs Monate nach Fertigstellung der Kabelanlage genaue und vollständige Lage- und Höhenpläne (Bestandspläne) in einfacher Ausfertigung (1 x Papierform, 1 x digital) von den Teilen der Anlage, die sich innerhalb der Straßen und Wege befinden. In die Bestandsunterlagen, die Vertragsbestandteil werden, sind der Verlauf der Leitung und ihre Sicherungs- und Betriebseinrichtungen der Lage und der Höhe nach einzutragen und durch auf Bauwerke oder Festpunkte bezogene eingeschriebene Maße zu ergänzen. Die Bestandsunterlagen sind sowohl digital als auch in Papierform zu übergeben.

[1.3] Die von UKA verlegten Kabel werden nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grundeigentum der Gemeinde verbunden (sog. Scheinbestandteile des Grundstücks) und verbleiben im Alleineigentum der UKA.

[2] Die Gemeinde räumt UKA auf den zum Vertragsgebiet gehörenden Flächen das Errichten, Betreiben, Unterhalten, Warten, Instandsetzen und Erneuern von Zuwegungen in einer den Anforderungen des Herstellers der Windenergieanlagen entsprechenden Größe und Belastbarkeit ein. Soweit zur Errichtung und Wartung der Windenergieanlagen gemeindeeigene Wege in Anspruch genommen werden müssen, bewilligt die Gemeinde dies. Zu diesem Zweck bewilligt die Gemeinde auch die Herstellung dauerhafter Zufahrten von öffentlichen Wegen zu Windenergieanlagen. Die Mitbenutzung der Flächen durch den forst- und landwirtschaftlichen Pächter ist erlaubt.

[3] Außerdem gestattet die Gemeinde die Benutzung der zum Vertragsgebiet gehörenden Flächen für das Herstellen sogenannter Arbeitsflächen. Das sind solche Grundflächen, die lediglich für die Dauer der Errichtungsarbeiten und ggf. bei Wartungsarbeiten für das Lagern und Montieren von Anlagentechnik sowie als Schwenkbereiche für Transportfahrzeuge mit Überlänge bzw. Überbreite benötigt werden. Die Lage und Beschaffenheit der Arbeitsflächen richtet sich nach den

planerischen Erfordernissen, nach den behördlichen Festlegungen und nach den technischen Vorgaben des Herstellers der Windenergieanlage.

[4] Die Gemeinde räumt UKA an den ihr gehörenden Flächen alle Rechte auf Abstandsflächen und Rotorüberflug für solche Windenergieanlagen ein, die UKA auf anderen Grundstücken errichtet. Die Benutzung dieser Flächen durch den forst- und landwirtschaftlichen Pächter ist erlaubt.

[5] Sofern im öffentlich-rechtlichen Genehmigungsbescheid Pflanzmaßnahmen festgesetzt sind, wird für die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen auf gemeindeeigenen Grundstücken ein gesonderter Vertrag abgeschlossen.

[6] Für die Kabeltrassen und Abstandsflächen auf Grundflächen der Gemeinde sowie die notwendigen Erschließungsstraßen räumt die Gemeinde der UKA und dem finanzierenden Kreditinstitut entsprechende dingliche Sicherungen ein. Die Gemeinde bringt diese im Grundbuch erstrangig, jedenfalls aber vor Hypotheken und Grundschulden zur Eintragung. Sämtliche Kosten (Notarkosten, Grundbucheintragung, Grundbuchlöschungen etc.) trägt UKA.

[7] UKA ist verpflichtet, für die im Vertragsgebiet errichteten WKA eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Versicherungssumme hat für jede WKA mindestens 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden zu betragen.

§ 3 Baudurchführung

[1] Der Baubeginn ist der Gemeinde spätestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

[2] Vor Baubeginn wird UKA oder ein von ihr Beauftragter mit einem von der Gemeinde benannten Vertreter eine Besichtigung der Zuwegung und der Flächen vornehmen, die im Eigentum der Gemeinde stehen und die als Zufahrt zum Standort der Windenergieanlage dauerhaft und temporär genutzt werden sollen. Der Zustand der Zuwegung wird in einem von beiden Vertretern zu unterschreibenden Dokument protokolliert und mittels geeigneter Unterlagen (Fotos) nachgewiesen.

[3] Nach Beendigung der Baumaßnahme erfolgt eine erneute Begehung und Zustandsfeststellung. Sollte hierbei von UKA bzw. durch von UKA beauftragten Erfüllungsgehilfen während der Bauausführung verursachte Schäden festgestellt werden, sind an befestigten Verkehrsflächen, die im Eigentum der Gemeinde sind, diese durch die Firma UKA zu beseitigen und der vorherige Zustand spätestens einen Monat nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder herzustellen. Betroffene unbefestigte Wege sind nach den Baumaßnahmen erforderlichenfalls mittels Straßenhobel zu profilieren und zu walzen.

§ 4 Gegenleistung

[1] UKA bezahlt an die Gemeinde für die Benutzungsrechte gemäß § 2 eine jährliche Entschädigung von

3.025,00 EUR je im Vertragsgebiet errichteter Windenergieanlage,

bezogen auf eine WEA mit 3,3 MW. Die jährliche Entschädigung erhöht oder verringert sich in dem Verhältnis, in dem die installierte von der hier angegebenen Nennleistung abweicht.

Die jährliche Vergütung ist erstmals im Jahr der Inbetriebnahme zu zahlen und wird für das erste Jahr drei Monate nach Inbetriebnahme der jeweiligen Windenergieanlage entrichtet. Die jährliche Vergütung für alle folgenden Betriebsjahre ist jeweils zum 31.07. des laufenden Jahres fällig. Für das erste und das letzte Betriebsjahr ist die Vergütung anteilig auf der Basis der beanspruchten Tage zu bezahlen.

[2] Für die Benutzungsrechte gemäß § 2 bezahlt UKA an die Gemeinde außerdem eine einmalige Entschädigung von

22.000,00 EUR je im Vertragsgebiet errichteter Windenergieanlage,

bezogen auf eine WEA mit 3,3 MW. Die einmalige Entschädigung erhöht oder verringert sich in dem Verhältnis, in dem die installierte von der hier angegebenen Nennleistung abweicht.

Die einmalige Vergütung ist binnen drei Monaten nach Inbetriebnahme der jeweiligen Windenergieanlage zur Zahlung fällig.

[3] Mit der Vergütung gemäß Abs. 1 und 2 werden die Leistungen der Gemeinde gemäß § 2 abgegolten. Reparaturmaßnahmen gemäß § 3 Abs. 3 werden auf die Vergütung nicht angerechnet.

§ 5 Vertragsdauer

[1] Die Laufzeit des Vertrages beträgt 25 Jahre. Sie beginnt mit dem Tag der Unterzeichnung, wobei das Datum der letzten Unterschrift maßgeblich ist.

[2] UKA ist berechtigt, den Vertrag durch einseitige Erklärung zu den gleichen Bedingungen zweimal um jeweils bis zu fünf Jahre zu verlängern. Die Ausübung dieses Rechts hat UKA der Gemeinde spätestens sechs Monate vor Beendigung der jeweiligen Laufzeit schriftlich mitzuteilen.

[3] Die Vertragslaufzeit endet vorzeitig am Letzten des Monats, in dem die letzte im Vertragsgebiet errichtete Windenergieanlage stillgelegt und zurückgebaut wurde.


Gemeinde


UKA

§ 6 Übertragbarkeit

[1] UKA ist befugt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen. Dies schließt auch das Recht zur Übertragung der Rechte und Pflichten ein. Der Eintritt Dritter an Stelle der UKA wird wirksam, wenn der darüber abgeschlossene Vertrag der Gemeinde schriftlich angezeigt worden ist.

[2] Die Gemeinde verpflichtet sich für den Fall, dass sie von diesem Vertrag erfasste Grundstücke veräußert, in den jeweiligen Veräußerungsvertrag folgende Klausel aufzunehmen:

"Der Übertragungsempfänger/Erwerber/Käufer tritt in alle Verpflichtungen ein, die sich aus dem Infrastrukturvertrag vom ... sowie der auf seiner Grundlage eingetragenen Dienstbarkeiten ergeben und verpflichtet sich, diese Verpflichtung mit der Pflicht zur Weitergabe auch dem nächsten Erwerber aufzugeben."

§ 7 Rücktritt, Kündigung

[1] Die Vertragsparteien können von diesem Vertrag zurücktreten, wenn endgültig feststeht, dass das von UKA geplante Bauvorhaben nicht genehmigt wird. Das ist der Fall, wenn der Genehmigungsantrag rechtskräftig abgelehnt ist. UKA ist nicht verpflichtet, Rechtsbehelfe gegen versagende Bescheide einzulegen. Der Rücktritt ist jedoch ausgeschlossen, soweit und solange UKA mit Rechtsmitteln (Widerspruch, Klage) gegen die Versagung einer Genehmigung vorgeht. Des Weiteren ist der Rücktritt ausgeschlossen, soweit und solange die Genehmigung von Dritten angegriffen wird (Widerspruch, Klage) und darüber noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

[2] UKA kann außerdem zurücktreten, wenn sie aus wirtschaftlichen Gründen von ihrem Bauvorhaben Abstand nimmt.

[3] Jede Partei ist berechtigt, den Vertrag bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende zu kündigen. Ein wichtiger Grund für die Gemeinde liegt insbesondere vor, wenn sich UKA mit einer Zahlungsverpflichtung länger als drei Monate in Verzug befindet oder wenn über das Vermögen der UKA das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.

§ 8 Rechte Dritter, Vollmacht

[1] Die Gemeinde erteilt UKA Vollmacht, die Grundbücher und Baulastenverzeichnisse für seinen Grundbesitz einzusehen und sich entsprechende Verzeichnisauszüge aushändigen zu lassen (Vertragsanlage „Vollmacht“).


Gemeinde


UKA

[2] Die Gemeinde ist verpflichtet, UKA mit der Vertragsanlage „Pachtangaben“ über alle Rechte Dritter an ihren Grundstücken zu informieren. Sie versichert, dass sonstige Rechte Dritter nicht bestehen.

§ 9 Vertragsanlagen

Folgende Anlagen sind Vertragsbestandteil:

- Lageplan
- Vollmacht für Grundbuch („Vollmacht“)
- Angaben zu Pachtverhältnissen („Pachtangaben“)
- Kontoverbindung der Gemeinde („Konto“)

§ 10 Schlussbestimmung

[1] Soweit rechtlich zulässig, wird als Gerichtsstand Cottbus vereinbart.

[2] Mündliche oder schriftliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie alle nach diesem Vertrag unter den Vertragspartnern abzugebenden Erklärungen einschließlich der Abrede, vom Schriftformerfordernis abweichen zu wollen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

[3] Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, verpflichten sich beide Vertragsparteien, an deren Stelle eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Zweck am besten dient und dem rechtlichen Inhalt der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt. Sollte sich nach Vertragsabschluss herausstellen, dass der Vertrag Regelungslücken aufweist, sind diese im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien durch die Vereinbarung von Bestimmungen zu schließen, die dem mit dem Vertrag verfolgten Zweck möglichst nahe kommen. Die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen bleibt unberührt.

Golßen, den 10.6.2014


Jens-Hermann Kleine
Amtsleiter


Michaela Schudek
zweite stellv. Amtsdirektorin

Meißen, den 28.05.2014


Gernot Gauglitz
UKA Meißen